

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 138. Ratssitzung vom 21. Dezember 2016

2573. 2016/95

Postulat von Shaibal Roy (GLP) und Guido Hüni (GLP) vom 23.03.2016: Erwerb des Kasernenareals vom Kanton Zürich oder Nutzung des Areals im Baurecht

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Shaibal Roy (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1774/2016): Wir kennen alle die lange Vorgeschichte des Kasernenareals. Man könnte meinen, die Geschichte nimmt jetzt endlich ein gutes Ende. Im Postulat geht es konkret darum, die Versprechungen, die man geleistet hat, auch vollumfänglich einzuhalten. Das betrifft die gesamtheitliche Nutzung für die Stadtbevölkerung, was durch das neue Vorhaben nicht ganz gegeben ist. Wir werden das Postulat nicht zurückziehen und auch nicht in irgendeiner Form abschwächen, sondern wir bestehen auf einer kompletten Nutzung und Sicherstellung durch die Stadt. Das kann aus unserer Sicht nur sichergestellt werden, wenn die Stadt ganz im Besitz des Areals ist, durch einen Kauf oder die Abtretung im Baurecht. Das ist zwar zu einem Teil erfüllt, doch wir denken, dass dies noch besser ausgenutzt werden soll. Es gäbe bessere Vorschläge, mit denen man den Kanton dazu bewegen könnte, sich aus der temporären Nutzung des Kasernenareals definitiv zu verabschieden. Man sollte vehementer einfordern, dass es eine definitive Lösung geben muss. Jegliche verbleibenden polizeiliche Funktionen sollen aus dem Kasernenareal entfernt werden.*

***Urs Fehr (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 20. April 2016 gestellten Ablehnungsantrag: Die Begründung, die gerade erfolgte, steht so nicht im Postulat. Man will, dass die Stadt das Land vom Kanton kauft oder im Baurecht übernimmt. Der Kanton hat aber klar gesagt, dass ein Verkauf nicht zur Diskussion steht. Das Postulat kann man also auf der Stelle zurückziehen. Die Umgliederung der Kantonspolizei steht nicht drin. Eigentümer ist der Kanton und der bestimmt, was dort passiert. Darauf hat die Stadt gar kein Einwirkungsrecht.*

Weitere Wortmeldungen:

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Als das Postulat formuliert wurde, waren die Diskussionen mit dem Kanton noch teilweise im Gang. Dort machte das Postulat noch Sinn. Obwohl ich damals schon sagte, dass der Ermessensspielraum nicht mehr so gross ist und eventuell ist es mehr ein Signal, was der Gemeinderat dort erwartet. Jetzt haben wir die Verhandlungen fertig geführt und eine Vorlage gebracht. Im Moment, wenn jetzt das Postulat käme, müsste ich es ablehnen, weil die Verhandlungen geführt sind. Es liegt*

am Gemeinderat, ob das angenommen werden soll oder nicht. Der Betrag, den wir vom Kanton für die Sanierung des Zeughausareals bekommen, reicht nicht aus, um mit den entsprechenden Erträgen eine volle Kostendeckung erzielen können. Wir werden ein jährliches Betriebsdefizit von 250 000 Franken haben. Dass das Versprechen an die Bevölkerung, dass die Polizei dort wegkommt, gebrochen worden ist, haben wir ganz klar zum Ausdruck gebracht. Nur waren wir der Meinung, deshalb nicht alles abzubrechen, weil sonst der Kanton irgendetwas dort macht. Für uns war die Abwägung, 90 % des Areals zu bekommen und im Baurecht zu bespielen, versus die einen 5 oder 10 %. Schlussendlich haben wir uns entschieden, dass wir das Geschäft trotzdem bringen und es daran nicht scheitern lassen möchten. Im Moment kann ich nichts anderes machen. Der Kanton sagt, es wird nicht verkauft. Es war also nur ein Baurecht möglich. Ob das jetzt passt oder nicht, kann man diskutieren, wenn die Vorlage in der Kommission besprochen wurde. Es gibt Sachen, die dem Stadtrat nicht gefallen, aber mehr war nicht zu holen. Wenn ich das Postulat jetzt noch entgegennehme, hat es einfach keine Wirkung mehr, das müssen sich die Postulanten bewusst sein.

Markus Knauss (Grüne): Was man den Grünliberalen durchaus positiv anrechnen kann, ist ihr gesundes Misstrauen gegenüber dem Kanton, das mit dem Postulat zum Ausdruck gebracht wird. 1987 wurde die Polizeikaserne frei und seitdem sucht der Kanton eine neue Zweckbestimmung dafür, die auch stadtverträglich ist. 1994 versprach man uns, dass das provisorische Polizeigefängnis nur maximal fünf Jahre auf dem Areal stehen wird, das ist jetzt 22 Jahre her. Für uns kommt nur ein Kauf in Frage, 1988 gab es eine Volksinitiative des Vereins Leben in der Kaserne, 1991 gab es eine Volksabstimmung. Der Stadtrat hat sich damals dagegen ausgesprochen, die Kaserne zu kaufen, deshalb kam die Initiative nicht durch. Was den Kanton nicht daran gehindert hat, in einer 25-jährigen Agonie, eine neue Zweckbestimmung für die Kaserne zu suchen. Für uns kommt ein Baurecht überhaupt nicht in Frage. Wenn schon, sollte man die Abschwächung des Baurechts aus dem Postulat rausnehmen. Wenn, sollte man die Kaserne kaufen und nicht dem Kanton überlassen, der irgendwann einmal etwas darauf macht, was sicher nicht im Interesse der Stadt ist. Wir beantragen eine Textänderung, dass man den Passus des Baurechts herausnimmt. Damit würden wir das Postulat entgegennehmen.

Dr. Urs Egger (FDP): Dass die Grünen ein Misstrauen gegenüber dem Kanton, Regierungsrat und Parlament haben, ist mir schon klar. Denn dort sind die Mehrheitsverhältnisse andere als hier. Was ich allerdings nicht ganz verstehe, ist die Haltung der GLP, die auf kantonaler Ebene eher auf der bürgerliche Seite ist. Es liegt nicht nur in der Hand des Regierungsrats, denn es gibt auch Vorstösse aus dem Parlament, dass das Kasernenareal geräumt werden muss. Es ist relativ sinnlos, jetzt nochmal den Kauf zu fordern. Dass man das Areal vernünftig nutzt, ist unbestritten. Wir schlagen deshalb ebenfalls eine Textänderung vor, dass der Stadtrat prüft, wie er beim Kanton darauf hinwirken kann, dass das Kasernenareal für private Nutzungen zugänglich gemacht wird. Das scheint uns realistisch zu sein und es geht in die Richtung, dass die Verhandlungen nicht ganz befriedigend gewesen sind.

Simon Diggelmann (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Den Ideen und Begehrlichkeiten, die auf dem Areal realisiert werden sollten, waren in der Vergangenheit keine Grenzen gesetzt. Zahlreiche Initiativen und parlamentarische Vorstösse sind immer wieder gescheitert. Ein Anliegen ist aber, dass es eine freie Kaserne wird, frei von einer kantonalen Nutzung, mit dem Wunsch nach einer übergeordneten Idee, die dort realisiert werden soll. Das Volk hat zugestimmt, dass das Areal frei wird von kantonalen Nutzung und der Kanton hat den Erfolg der Abstimmung jäh gebremst, als klar wurde, dass wohl auch in Zukunft noch ein gewisser Teil der Polizei auf dem Areal bleiben wird. Was in dem Postulat zusammengefasst ist, entspricht mehr oder weniger dem skizzierten Vorgehen im Masterplan Kaserne. Die SP ist mit der GLP der Meinung, dass das, was im Prozess des Masterplans versprochen wurde, mit der vorliegenden Weisung noch nicht eingelöst worden ist. Was, zusätzlich zum Baurecht, momentan zur Diskussion stehen wird, sind die Zeughäuser und der Zeughaushof, aber die Zukunft der Kasernenwiese und die Zukunft der Polizei- und Militärkaserne hängen nach wie vor am dünnen Faden der Zukunft des PJZ. Das ist noch nicht im Trockenen und deswegen unterstützen wir das Postulat. Wir haben eine kleine Textänderung, dass der letzte Satz so geändert wird, damit klar ist, dass die Anrechnung der Sanierungskosten zugunsten der Stadt erfolgen soll.

Mario Mariani (CVP): Für uns steht ganz klar die Glaubwürdigkeit der Volksabstimmung im Fokus. Es ist wichtig, dass jetzt ein Signal vom Gemeinderat kommt, dass hier eine Räumung vom Kanton gefordert wird. Und der Kanton einen Grossteil der Gebäude für die Stadt freigibt. Wir werden, unabhängig der Textänderungen, dem Postulat zustimmen. Mit welcher Prämisse, Nutzung und unter welchen Bedingungen auch immer.

Roger Liebi (SVP): Der Baurechtsvertrag ist schon durch. Finanziell sind die 30 Millionen Franken vom Kanton angesetzt, plus der Einnahmenverzicht von 18 Millionen Franken. Es gibt einen Masterplan, den Kanton und Stadt zusammen durchgegeben haben. Jetzt kommt man mit einem Postulat und Forderungen. Der Zug ist aber schon längst abgefahren. Ein Postulat kann man nicht einreichen, wenn die Verträge schon unterschrieben sind. Wenn, hätte man eine Motion machen müssen, aber kein Postulat. Man kann dann über die Weisung diskutieren und diese ablehnen oder nicht.

Niklaus Scherr (AL): Seit vier Jahrzehnten gibt es in dieser Diskussion immer eine komplette Ohnmacht seitens der Stadt und Allmachtphantasien des Kantons. Mit der Weisung liegt die kapitulatorische Anerkennung der Machtrealität in Bezug auf das Areal auf dem Tisch. Das Kasernenareal habe ich schon länger von der Traktandenliste gestrichen. Die sozialdemokratische Partei hat das grösste Baudenkmal, das spannendste Areal, dass es in der Stadt gibt, den Güterbahnhof, für ein Linsengericht geopfert, vergiesst nun Krokodilstränen und bettelt um den Teller Linsensuppe. Wenn man von Verkauf redet oder vom Baurecht, muss man sich bewusst machen, dass diese Immobilien in einem himmeltraurigen Zustand sind und die Frage bleibt, wer die Sanierung zahlt. Es ist unmöglich, dass die Partei, die sich seit vierzig Jahren immer dafür eingesetzt hat, dass die Hoheit auf diesem Areal zur Stadt wechselt, jetzt ein solches unnützes Postulat mit einer Enthaltung oder Ablehnung noch in den Orkus

4 / 4

schickt. Damit das Ritual fortgesetzt wird und wir unsere Ohnmacht nochmal laut rausschreien dürfen, werden wir notgedrungen dem Postulat zustimmen.

Guido Hüni (GLP): *Wir haben uns überlegt, ob wir das Postulat zurückziehen sollen, aber die Diskussion zeigt, dass die Sachlage doch nicht so eindeutig ist. Es ist schön, dass Kanton und Stadt sich geeinigt haben, aber diese Einigung ist nicht in unserem Interesse. Es ist ein Symbol, dass die Kaserne der Stadtzürcher Bevölkerung zurückgegeben wird.*

Shaibal Roy (GLP) *ist mit der Textänderung der SP-Fraktion einverstanden: Im Sinne des Postulats ist uns der liberale Gedanke auch sehr stark gemein, aber wenn es um das Kasernenareal geht und um Versprechungen, hört bei uns die Kompromissbereitschaft bis zu einem gewissen Grad einfach auf. Als wir das Postulat einreichten, war die Ausgangslage noch anders, heute ist ein Kompromiss da, der noch nicht zu 100 % erfüllt, was wir fordern. Die FDP-Textänderung ist schon erfüllt, wenn wir es für private Nutzungen zugänglich machen. Das ist nicht das Versprechen, was wir wollen, weil es eine unnötige Abschwächung des Postulats ist. Eine Einschränkung der Handlungsoptionen finden wir nicht gut, weshalb man das Baurecht nicht rausnehmen sollte. Die SP-Textänderung klärt die Behandlung für künftige Generationen. Das hat für uns einen relativ gewichtigen Wert, wenn wir miteinbeziehen, was in Bezug auf Sanierungen auf uns zukommt, weshalb wir diese annehmen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Letztlich haben zwei Exekutiven miteinander verhandelt. Jetzt nochmal zu verhandeln, ist unrealistisch. Man kann zur Weisung seinen Unmut ausdrücken. Wir haben verhandelt, wir machen eine Vorlage und über die muss entschieden werden.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Kasernenareal von der Stadt Zürich im Rahmen eines Verkaufs oder im Baurecht erworben werden kann. Dabei sollen die zu erwartenden Sanierungskosten für die Umnutzung in die Berechnung des Kaufpreises oder des Baurechtzinses zu Gunsten der Stadt Zürich einbezogen werden.

Das geänderte Postulat wird mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat